



Deutschlands Agenda Studie Nr. 1, August 2012

Die Zukunft der USA

15 Fragen und Antworten zu amerikanischer Politik und Gesellschaft

*Von Karsten D. Voigt**

1. Wie reagieren Amerikaner auf die Ungleichheit von Einkommen und Vermögen?

Nicht nur in den USA sondern auch in Europa und in Deutschland sind die Unterschiede zwischen den Einkommen und Vermögen in den letzten Jahrzehnten immer größer geworden. Aber es stimmt: Diese Unterschiede sind in den USA noch dramatischer als bei uns. Diese negative Entwicklung hat sich in den letzten Jahren noch einmal beschleunigt. Hinzu kommt, dass die Armen heute ärmer als vor wenigen Jahren sind, während sich gleichzeitig der Reichtum der obersten Einkommensgruppen weiter vermehrt hat,

Es hat sich nicht nur die Armut derjenigen Bevölkerungsgruppen vergrößert, die bisher schon arm waren: Die Armut hat auch neue Bevölkerungsgruppen erfasst, die sich bisher zur Mittelschicht zählten, darunter auch viele Weiße. Das ist eine neue Entwicklung. Gleichzeitig wird es immer schwieriger durch eigene Leistung den gesellschaftlichen Aufstieg zu schaffen. Dies untergräbt den Glauben an den amerikanischen Traum.

Doch wie reagieren die amerikanischen Bürger auf diese Entwicklungen? Sie waren ja in der Vergangenheit anders als die Mehrheit der Europäer immer wieder bereit, ein hohes Maß an sozialer Ungleichheit und eine im Vergleich zu Europa nur geringe soziale Absicherung in Kauf zu nehmen, wenn sie gleichzeitig den amerikanischen Traum von der Aufstiegsmöglichkeit für jeden Tüchtigen weiter träumen konnten.

Die Antwort auf diese für die Zukunft der politischen Kultur in den USA zentrale Frage kann heute noch nicht eindeutig gegeben werden: Die hohe Arbeitslosigkeit, die sich

* Karsten D. Voigt, Mitglied des Beirats der Atlantischen Initiative e.V., war 1983 bis 1998 außenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, 1994 bis 1996 Vorsitzender der Parlamentarischen Versammlung der NATO und 1999 bis 2010 Koordinator der Bundesregierung für die deutsch-amerikanische Zusammenarbeit.

verschlechternden Lebensperspektiven für große Teile der Mittelschicht und die großen Einkommens- und Vermögensunterschiede spielen in dem gegenwärtigen Wahlkampf eine große Rolle. Aber während insbesondere die Anhänger der Demokraten mehr soziale Gerechtigkeit und eine größere steuerliche Belastung der hohen Einkommen und Vermögen fordern, sprechen sich erhebliche Teile insbesondere der weißen Mittelschicht vehement gegen höhere Steuern und sogar für Einschränkungen bei den sozialen Leistungen aus. Ihre Aggressivität richtet sich nicht gegen die Reichen sondern gegen die Armen und gegen eine größere Rolle des Staates.

Diese Reaktion ist zwar für viele Europäer unverständlich. Sie entspricht aber durchaus amerikanischen Traditionen. Je nachdem, welche Antwort die Amerikaner auf die gegenwärtige wirtschaftliche und soziale Krise geben, werden sie den europäischen Gesellschaften ähnlicher oder sich weiter von ihnen entfernen. Deshalb ist auch nicht überraschend, dass die republikanischen Kandidaten in diesem Wahljahr Europa als Schreckensbild im Kampf gegen ihre demokratischen Konkurrenten benutzen.

2 . Verändert die Einwanderung aus Lateinamerika die Politik der USA?

Die Einwanderung aus Lateinamerika und Asien verändern die USA. Spanisch ist in großen Teilen des Südens und in zahlreichen Städten zur zweiten Landessprache geworden. Die Rücksicht auf die Emigranten aus Kuba beeinflusst die amerikanische Außenpolitik gegenüber diesem Land. Bei diesem und bei anderen Themen aber bestehen große Unterschiede zwischen den Einwanderern aus Lateinamerika. Sogar religiös gibt es größere Unterschiede als wir Europäer es gemeinhin annehmen: Zwar ist die Mehrheit der Lateinamerikaner Anhänger des Katholizismus. Eine nicht unerhebliche Minderheit aber ist zu protestantischen Sekten konvertiert. Auch sind viele der Einwanderer inzwischen zweisprachig oder beherrschen die Sprache ihrer Vorfahren nur noch unvollkommen.

Die Einwanderung aus Lateinamerika wird sicherlich zu einer allmählichen Lockerung der kulturellen Bande zwischen Europa und den USA führen. Sie schlägt sich heute bereits in der sinkenden Nachfrage nach Deutsch und Französisch nieder. Aber die verstärkte Orientierung der USA in Richtung Pazifik ist nicht Ergebnis der sich verändernden Herkunft der Einwanderer sondern der sich verändernden wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Interessen.

3. Verändert sich die politische Kultur der USA?

In den 50ern und 60ern galten die deutschen Parteien als ideologisch und das deutsche Parteiensystem als polarisiert. Demgegenüber galten die amerikanischen Politiker als pragmatisch und kompromissfähig. Dies hat sich völlig verändert. Die Ideologisierung und Polarisierung in der amerikanischen Politik hat zugenommen. Dies ist keine kurzfristige

Erscheinung. Sie ist das Ergebnis von längerfristigen Entwicklungen. Sie wird auch nicht mit dem gegenwärtigen Wahlkampf enden und sie wird die Handlungsfähigkeit des amerikanischen politischen Systems auch in den kommenden Jahren beeinträchtigen. Die parteiübergreifende Zusammenarbeit wird zwar immer wieder gefordert, wird in der politischen Praxis aber immer seltener praktiziert. Insbesondere in den Politikbereichen, in denen der Einfluss des Kongresses erheblich ist – und das ist bei allen Haushaltsentscheidungen und im Bereich der Innenpolitik der Fall – wird es sehr schwer bleiben, längst überfällige Reformen durchzusetzen

4. Gibt es in den USA Mehrheiten für notwendige Reformen?

Das amerikanische Gesundheitssystem ist zugleich teurer und weniger effizient als das deutsche System. Ebenso wie in Deutschland geht es in den USA darum, die verschiedenen sozialen Sicherungssysteme angesichts der zunehmenden Alterung der Bevölkerung zu reformieren. Allerdings ist in diesem Zusammenhang die voraussichtliche demografische Entwicklung in den USA erheblich günstiger als bei uns. Trotzdem ist die Herausforderung enorm. Sie ist angesichts der potentiellen Leistungsfähigkeit der amerikanischen Wirtschaft und Gesellschaft zu bewältigen. Auch ein Abbau der Schulden könnte eingeleitet werden, wenn – und um dieses „Wenn“ geht es - das politische System zur Durchsetzung der dafür nötigen Reformen in der Lage ist.

5. Welche Rolle spielen populistische Strömungen heute in den USA?

In der Geschichte der USA hat es immer wieder starke rechte und linke populistische Strömungen gegeben. Viele in Europa haben vergessen, dass es in der Geschichte der USA auch immer wieder Perioden einer vermehrten politisch motivierten Gewalttätigkeit gegeben hat. Ob es in Zukunft eine Periode mit einer größeren politischen Gewalttätigkeit geben wird, vermag ich nicht vorauszusagen, weil hier in der Vergangenheit häufig kleinere Anlässe zu landesweiten größeren Auseinandersetzungen geführt haben.

Ich bin mir aber relativ sicher, dass in den vor uns liegenden Jahren der politische Populismus in den USA eher zu- als abnehmen wird. Das gilt insbesondere – jedoch nicht ausschließlich – für die rechte Seite des politischen Spektrums. Dort hat in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten der Populismus immer mehr an Boden gewonnen. Zwar entstammen die Familie Bush und Romney aus der reichen Elite der USA. Gleichzeitig aber haben rechts-populistische Strömungen innerhalb der Republikanischen Partei immer mehr an Boden gewonnen. Kein republikanischer Kandidat kann mehr aufgestellt werden, wenn er nicht die Unterstützung erhält oder zumindest von diesen Gruppen geduldet wird.

Diese populistischen Strömungen werden ihren Namen und ihre Organisationsform ändern. Diese ständige Erneuerung ihrer Erscheinungsform ist Ausdruck der Kontinuität ihres Wesens.

6. Wie entwickelt sich die Rolle der USA als militärische Weltmacht?

Die militärische Macht ist nur einer der Faktoren, die die USA zur führenden Weltmacht machen. Ihre ökonomische Kraft und die politische, kulturelle und gesellschaftliche Attraktivität sind weitere Faktoren. Weniger der Abstieg der USA als der Aufstieg neuer Mächte werden die Rolle der USA als Weltmacht in den kommenden Jahren und Jahrzehnten begrenzen und – relativ gesehen – verringern. Wenn die USA ihre wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit nicht verbessern, wird sich der wirtschaftliche Aufstieg Chinas noch spürbarer in einer Verschiebung der politischen Machtverhältnisse niederschlagen. Die USA bleiben auf absehbare Zeit die einzige militärische Weltmacht.

In Asien aber könnten die wachsenden militärischen Fähigkeiten der chinesischen Flotte die Glaubwürdigkeit amerikanischer Sicherheitsgarantien beeinträchtigen. Dies ist der entscheidende Grund für die Verlagerung militärischer Potentiale der USA von Europa nach Asien. Gleichzeitig müssen die USA ihre Militärausgaben verringern, weil sonst überhaupt keine Chancen bestehen, ihr Haushaltsdefizit zu verringern. Aus diesen wirtschaftlichen und militärischen Gründen sind die USA stärker als in der Vergangenheit auf Partner angewiesen. Diese wird sie aber nur gewinnen, wenn sie bereit ist auch Rücksicht auf deren Interessen zu nehmen. Insbesondere vielen konservativen Amerikanern fällt es schwer, diese Veränderungen in den Rahmenbedingungen der amerikanischen Weltmachtrolle zu akzeptieren.

7. Wie entwickelt sich das Verhältnis der USA zur NATO?

In den USA überwiegt ein funktionales Verhältnis zur NATO, zur UNO und zu anderen internationalen Organisationen und Vereinbarungen: Ihnen wird nicht ein Wert an sich zugeschrieben, sondern sie werden in ihrem Wert danach beurteilt, ob und wie sie amerikanischen Interessen und Zielen dienen. Die NATO wird der wichtigste institutionelle Ausdruck der transatlantischen Beziehungen bleiben. Sie wird aber in den Augen der USA an Bedeutung verlieren, während gleichzeitig die Bedeutung der Pazifik-Flotte in den Augen der USA zunimmt.

8. Welche Rolle spielen wirtschaftliche Probleme für die Weltmachtrolle der USA?

Die USA haben immer noch den Vorteil, dass der Währungsraum des Dollar mit einer im Vergleich zum Euro-Raum vergleichsweise glaubwürdigeren politischen und finanziellen Handlungsfähigkeit verbunden ist. Trotzdem drohen die wirtschaftlichen Probleme der USA,

wenn deren Lösung immer wieder verschoben wird, den Einfluss der USA und die USA als Faktor der wirtschaftlichen Stabilität in der Welt zu untergraben.

9. Bleiben die USA vom Import von Öl und Gas abhängig?

Aufgrund der Ausbeutung insbesondere von Schiefergasvorkommen werden die USA in den nächsten Jahren nicht mehr auf den Import von Gas angewiesen sein. Das wird einen erheblichen Einfluss auf die Gaspreise weltweit haben. Die USA könnte sich aufgrund der großen Ölvorkommen in Nordamerika von Importen außerhalb ihrer Region unabhängig machen, wenn sie den Energieverbrauch pro Kopf der Bevölkerung auf das Niveau Deutschlands reduzieren würde. Das ist technisch machbar, politisch jedoch nicht durchsetzbar. Doch Präsident Obama will im Gegensatz zu seinen konservativen Konkurrenten zumindest Schritte in diese Richtung gehen. Aber auf die Atomkraft wird auch er nicht verzichten wollen.

10. Welche Rolle wird die Finanzbranche in Zukunft spielen?

Die Finanzbranche wird bedeutsam bleiben. Nach der Finanzkrise aber wird sie nicht so schnell ihre frühere Bedeutung und frühere Zuwachsraten zurück gewinnen. Gleichzeitig entwickeln sich neue finanzielle Zentren in Asien und möglicherweise auch im Nahen Osten. Den USA wird es leichter fallen sich auf diese neuen Entwicklungen einzustellen als Großbritannien mit seinem Finanzplatz London.

11. Bleibt der Dollar die Leitwährung der Welt?

Es zeichnet sich schon seit einer ganzen Reihe von Jahren ab, dass der Dollar zwar noch für eine längere Zeit die wichtigste Leitwährung bleibt, zugleich aber seine Rolle als einzige Leitwährung verliert. Trotz der gegenwärtigen Krisen im Euro-Raum rechne ich damit, dass die Rolle des Euro mit den Jahren zunehmen wird. Er wird den Dollar als Leitwährung nicht ersetzen, wohl aber ergänzen. Zugleich wird die chinesische Währung schrittweise in die Rolle einer konvertierbaren Leitwährung hineinwachsen. Die Rolle der japanischen und der britischen Währung wird sich wohl nicht sehr verändern, vielleicht sich etwas verringern. Dieser neuen Unübersichtlichkeit im Währungsbereich entspricht eine neue Vielfalt und Unübersichtlichkeit der globalen und regionalen Machtverhältnisse.

12. Verändert sich das Machtverhältnis zwischen den USA und China?

Das Machtverhältnis zwischen den USA und China hat sich bereits verändert und wird sich weiter verändern. Die Änderung dieser Machtverhältnisse macht sich insbesondere in Asien bemerkbar, ist aber nicht auf Asien beschränkt.

13. Welche Rolle spielen Konflikte und Spannungen in Asien?

Die Möglichkeit zunehmender Spannungen und Konflikte im asiatischen Raum ist das wichtigste Thema unter den Fachleuten innerhalb und außerhalb der amerikanischen Regierung. Wirtschaftliche Konflikte sind wahrscheinlich, militärische Konflikte sind nicht unmöglich, wohl aber vermeidbar. Wenn man militärische Konflikte vermeiden will, muss man China, Indien, Japan und andere asiatische Mächte vor Fehleinschätzungen der Lage und der Reaktion anderer Akteure bewahren. Diesem Ziel dient die zunehmende Kommunikation zwischen den relevanten Akteuren. Zugleich versuchen die USA China – wie bei den Gesprächen mit Nord-Korea – als Macht in die Verantwortung bei Problemlösungen einzubinden.

Gleichzeitig aber fehlt es in Asien – anders als in Europa – an wirklich funktionsfähigen regionalen Institutionen, die die Einhegung und Lösung von Konflikten erleichtern würden. Auch sind zahlreiche Konflikte in Asien immer noch ungelöst. Viele von ihnen könnten zu größeren militärischen Konflikten eskalieren. Die gegenwärtigen Führungen in den USA, in China und auch in Japan sind sich dieser Risiken bewusst. Es ist aber keineswegs sicher, dass diese so bleibt. Wir Europäer können diese Konflikte in Asien nur marginal beeinflussen. Wir haben aber ein großes Interesse an der Bereitschaft und Fähigkeit der relevanten Akteure an einem rationalen und kooperativen Verhalten.

14. Sind die USA in Zukunft vor allem eine pazifische Macht?

Die USA sind sowohl eine atlantische, wie auch eine pazifische Macht. Nach dem Ende des Kalten Krieges verschiebt sich das wirtschaftliche und politische Interesse der USA Richtung Pazifik, ohne dass die USA aufhören eine atlantische Macht zu sein. Europa wird in den USA – anders als im vergangenen Jahrhundert – nicht mehr als Ursache von weltweiten Konflikten betrachtet, wird aber als Partner bei der Lösung von Konflikten am Rande Europas und außerhalb Europas immer mehr gefordert werden. Ob wir diesen Anforderungen entsprechen können oder wollen, wird aus der Sicht der USA über unsere Relevanz entscheiden.

Deutschland und Europa können nicht überall relevant sein. Es entspricht auch gar nicht deutschen Interessen überall relevant sein zu wollen. Deshalb müssen wir in einer öffentlichen Debatte entscheiden, wo wir relevant sein wollen und können. Anders als während des Kalten Krieges ist diese Frage keineswegs immer eindeutig zu beantworten. Deshalb zwingen uns die Veränderungen in der Welt und in den USA zu einer längst überfälligen Debatte über unsere künftigen außen- und sicherheitspolitischen Interessen und Prioritäten. Meiner Meinung nach gehören hierzu auch Änderungen in der Debattenkultur und in den Entscheidungsprozessen in der Außenpolitik.

15. Bleiben die USA für uns der wichtigste Partner?

Die USA bleiben für uns der wichtigste Partner außerhalb der Europäischen Union. Ob die EU von den USA als gleichberechtigter Partner eingeschätzt und respektiert wird, hängt nicht von den USA sondern von den Europäern selber ab. Auch für Europa wird Asien wichtiger. Doch anders als die USA sind wir in Asien keine sicherheitspolitische Garantiemacht.

Wir müssen lernen auch in der Sicherheitspolitik global zu denken. Ebenso wie die USA werden wir wirtschaftspolitisch auch global handeln. Außenpolitisch wird die Rolle der EU regional wichtiger werden. Global wird die EU hoffentlich beginnen ein global respektierter und wirksamer Akteur zu werden. Sicherheits- und verteidigungspolitisch wird sich die EU auch im Jahre 2030 wohl überwiegend regional engagieren. Sie sollte verteidigungspolitisch handlungsfähig werden, doch in diesem Bereich keineswegs eine Ebenbürtigkeit mit den USA anstreben.

Rechte und Vervielfältigung

Alle Rechte vorbehalten. (Teilweiser) Nachdruck dieser Studie ist nur mit schriftlicher Genehmigung gestattet.

Zitierung in wissenschaftlichen Arbeiten und öffentlichen Artikeln erwünscht. Karsten D. Voigt und die Atlantische Initiative e.V. bitten jedoch um einen entsprechenden Hinweis per Email an die Redaktion.

Herausgeber

Atlantische Initiative e.V.

Wilhelmstraße 67

10117 Berlin

URL: www.deutschlands-agenda.de

Tel: +49 – 30 – 206 337 88

Fax: +49 – 30 – 246 30 36 33

Email: redaktion@atlantische-initiative.org

Die unabhängige, überparteiliche und gemeinnützige Atlantische Initiative e.V. freut sich über jede finanzielle Unterstützung ihrer Arbeit: atlantische-initiative.org/forderer-spenden/.

